



Öffnungszeiten:  
Mo - Fr. 08.30 - 12.30 Uhr  
Do 14.15 - 15.45 Uhr

06.17.11.99

Landkreis Wittmund - Postfach 13 55 - 26400 Wittmund

Gegen Postzustellungsurkunde

1) Fa.  
Christian Siebels & Co. GmbH  
Wallster Postweg 6

26607 Aurich

Datum: 15.11.1999  
Dienststelle: Bauamt  
- untere Wasserbehörde  
Verw.-Geb.: III, Schloßstr. 9  
Sachbearb.: Herr Janssen, Herr Coordes  
Zimmer-Nr.: 206 + 203  
Tel.-Durchwahl: 04462/86-12 92 + 86-12 88  
Tel.-Vermittlung: 04462/86-01  
Telefax: 04462/86-1125  
eMail: lk-wittmund@t-online.de

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom

Mein Zeichen  
61/663080

Meine Nachricht vom  
02.06.1999

**Bodenabbau in Ardorf- Hohebarg**

- Bezug:**
1. Meine Modifizierung der bisherigen Planfeststellungsbeschlüsse vom 02.06.1999
  2. Stellungnahme der Sachverständigengesellschaft Dr. Wagner vom 25.08.1999
  3. „Gutachten zur Ursachenbewertung für Uferabbrüche an der Bodenabbaustätte Ardorf- Hohebarg und Anforderungen an einen weiteren Sandabbau“, Dr. Wagner vom 12.04.1999
  4. Gutachten „Uferstabilisierung des bestehenden Sandabbaus Ardorf- Hohebarg der Fa. Siebels“, Dr. Wagner vom 27.08.1999

Sehr geehrter Herr Siebels,

gemäß den Ergebnissen der o.a. Stellungnahme/Gutachten halte ich es für erforderlich, meine Verfügung vom 2. Juni 1999 auszuweiten bzw. die Planfeststellungsbeschlüsse aus den Jahren 1988/1991 durch die nachstehenden Nebenbestimmungen zu modifizieren.

**Auflagen:**

- A. Auf der gesamten Abbaustätte hat der weitere Abbau mit Böschungsneigungen von mindestens 1 : 5 oder flacher zu erfolgen. Die Bereiche, wo ohnehin flachere Neigungen zur Herstellung von Flachwasserzonen o.ä. vorgesehen sind, bleiben von dieser Neuregelung unberührt.
- B. Die in dem Gutachten zu 4 (Dr. Wagner vom 27.08.1999) genannten Ufersicherungsmaßnahmen am Südwest- Ufer im Bereich der bewohnten Bebauung (siehe Lageplan zum Gutachten, der diesem Bescheid als Anlage beigelegt wird) sind sukzessive



fortzuführen und spätestens bis zum 31.12.2000 fertigzustellen.

Bis zur Fertigstellung dieser Ufersicherung darf in einer -senkrecht zu der jetzigen Böschungsoberkante gemessenen Entfernung- von mindestens **110 m** kein weiterer Bodenabbau betrieben werden.

**Die sofortige Vollziehung der angeordneten Nebenbestimmungen ordne ich hiermit an.**

Die Kosten des Verfahrens haben Sie zu tragen.

### **Rechtsgrundlagen:**

§§ 36, 74 und 76 des Verwaltungsverfahrensgesetzes (VWVfG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. September 1998 (BGBl. I. S. 2022).

### **Begründung:**

#### **I. Allgemeines**

Im Rahmen der Begründung dieser Verfügung ist es angebracht, zunächst einige Sätze zu den anfangs -unter Bezug- genannten Punkten 1 bis 4 erläuternd zu sagen.

#### **zu 1 u. 2:**

Herr Dr. Wagner bittet in seinem Schreiben vom 25.08.1999 um die Relativierung einiger Forderungen aus meiner Verfügung (Modifizierung der Planfeststellungsbeschlüsse) vom 02.06.1999.

Kurz gesagt kann aufgrund der besonderen Brisanz dieser Abbaustätte leider auf keine der angesprochenen Forderungen des Landkreises verzichtet werden. Die zusätzlichen Auflagen zum weiteren Abbau sind zu erfüllen.

#### **zu 3 u. 4:**

Das von Ihnen in Auftrag gegebene Abschlussgutachten der Sachverständigengesellschaft Dr. Wagner wurde mir am 20.04.1999 vorgelegt. Daraufhin habe ich dieses Gutachten der für solche Fragen zuständigen Fachbehörde, dem Nds. Landesamt für Bodenforschung (NLFb) Hannover mit der Bitte um Stellungnahme übersandt.

Diese ist am 22.07.1999 mit der Forderung nach weitergehenden Untersuchungen bei mir eingegangen. Nach einer ergänzenden Stellungnahme durch Herrn Dr. Wagner wurden dem NLFb nochmals weitere Unterlagen übersandt, zu denen am 05.11.1999 bei mir eine abschließende Stellungnahme einging. Eine Kopie dieser Stellungnahme füge ich diesem Schreiben bei.



Es wird von dort u.A. für notwendig erachtet, dass der weitere Abbau mit einer flacheren Böschungsneigung, sprich mit 1 : 4, in diesem Einzelfall besser noch mit 1 : 5 fortgeführt wird.

Bevor mir nicht andere Nachweise vorgelegt werden, die unter Zustimmung des NLfB belegen, dass auch steilere Neigungen angelegt werden können, muss ich fordern, dass der weitere Bodenabbau grundsätzlich mit dieser flacheren Böschungsneigung (1 : 5) weitergeführt wird.

## **II. Modifizierung/ Ausweitung der bisherigen Planfeststellungsbeschlüsse**

Unter gleichzeitiger Einbeziehung des Gutachtens zu 4 sehe ich mich veranlasst, in Ergänzung meiner rechtsbeständigen Verfügung vom 02.06.1999 die Planfeststellungsbeschlüsse vom 1. September 1988 und 3. Juni 1991 durch die an anderer Stelle dieser Verfügung genannten Nebenbestimmungen auszuweiten bzw. zu modifizieren.

Um Wiederholungen zu vermeiden, verweise ich auch auf meine Verfügung vom 02.06.1999 sowie auf die in Kopie (Anlagen 1 und 2) beigelegte Stellungnahme des Niedersächsischen Landesamtes für Bodenforschung, die ich hiermit inhaltlich zum Bestandteil dieser Verfügung erhebe.

Demnach ist meine Forderung aus der **Auflage A**, nämlich einen weiteren Abbau nur mit Böschungsneigungen von mindestens 1 : 5 zuzulassen zwingend erforderlich, um eine dauerhafte Standsicherheit der Böschungen zu gewährleisten.

Die mit meiner Forderung aus der **Auflage B**, nämlich die in dem Gutachten zur „Uferstabilisierung“ (Dr. Wagner vom 27. August 1999) durchzuführenden Ufersicherungsmaßnahmen am Südwest-Ufer im Bereich der bewohnten Bebauung fortzuführen und bis zum 31. Dezember 2000 fertigzustellen gebieten sich ebenso wie mein Bodenabbauverbot innerhalb des 110 m Bereiches - gemessen senkrecht zu der jetzigen Böschungsoberkante -. Insoweit erhebe ich den in der Anlage 3 beigelegten Kartenausschnitt aus dem o.a. Gutachten inhaltlich ebenfalls zum Bestandteil dieser Verfügung.

### **Anordnung der sofortigen Vollziehung**

Die Anordnung der sofortigen Vollziehung stützt sich auf § 80 Abs. 2 Nr. 4 der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) vom 19.03.1991 (BGBl. S. 686), in der z.Zt. geltenden Fassung. Um eine Gefahr für Leib und Leben Dritter zu verhindern, liegt es im besonderen öffentlichen Interesse, eine dauerhafte Standsicherheit der Uferböschungen zu gewährleisten. Das geforderte Abbauverbot (110 m - Bereich) ist erforderlich, um Leib und Leben derjenigen zu schützen, die sich in unmittelbarer Nähe des betroffenen Bereiches des Baggersees aufhalten bzw. wohnen. Wegen der besonderen Gefahren, die unwiderruflich von dieser Abbaustätte ausgehen, kann es nicht hingenommen werden, daß ein weiterer Abbau ohne die genannten zusätzlichen Anforderungen bis zur Unanfechtbarkeit dieser Entscheidung fortgeführt wird.

### **Kostenfestsetzung:**

Für den bisher entstandenen Verwaltungsaufwand (ohne Überprüfungen vor Ort) wird gemäß §§ 1, 3, 5, 11 und 13 des Verwaltungskostengesetzes vom 07.05.1962 (Nds. GVBl. S. 43) in der z. Zt. geltenden Fassung - in Verbindung mit Tarifnummer 36 des Kostentarifes zur



Allgemeinen Gebührenordnung vom 05.06.1997 (Nds. GVBl. S. 171) - in der z. Zt. geltenden Fassung - eine Gebühr in Höhe von **210,00 DM** (Verwaltungsgebühr: 200,00 DM, Zustellgebühr: 11,00 DM) erhoben. (Dieser Betrag entspricht 107,88 EURO).

**Ich empfehle, sich des anliegenden Überweisungsvordruckes zu bedienen.**

Die Gebühr ist innerhalb eines Monats an die Kreiskasse Wittmund unter Angabe des Aktenzeichens und des Kassenzeichens **1230.1000/ AA25** auf eines der angegebenen Konten zu überweisen.

Im Falle der Vollstreckung werden aufgrund des Niedersächsischen Verwaltungsvollstreckungsgesetzes (VwVG) vom 02.06.1982 (GVBl. S. 139) - in der z. Zt. geltenden Fassung - Kosten erhoben.

**Rechtsbehelfsbelehrung:**

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Zustellung Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist schriftlich oder zur Niederschrift beim Landkreis Wittmund, Am Markt 9, 26409 Wittmund, einzulegen.

Zu Ihrer Information weise ich darauf hin, daß der Widerspruch wegen der Anordnung der sofortigen Vollziehung keine aufschiebende Wirkung hat und Sie nicht von der auferlegten Verpflichtung entbindet. Auf Ihren Antrag kann das Verwaltungsgericht Oldenburg, Schloßplatz 10, 26122 Oldenburg, nach Einlegung des Widerspruchs die aufschiebende Wirkung jedoch ganz oder teilweise wieder herstellen.


Mit freundlichen Grüßen  
Im Auftrage

  
(Janssen)

2) 6113 z. V.

16. NOV. 1999

3)

611 z. V.  25.11.99

4) 6118 bitte Pkt. festlegen ✓

5) 6118 bitte Vollstreckung vermeiden / Überweisungsträger ✓

6) Vgl.:

7) z. V.



Anlage 1 Karte des Sandabbaus mit zusätzlich zu stabilisierender Uferlinie

